

Vollstreckungsbehörde		PLZ, Ort		Datum	
Drittschuldner		Sachbearbeiter/-in, ggf. E-Mail		Zimmer-Nr.	
		Telefon Durchwahl (Nebst.)		Telefax	
		Nr./AZ (Ford.-Pfändungs-Nr.)			
		Zustellung an den Drittschuldner am:		Datum	Uhrzeit
		Zustellung mit			
		<input type="checkbox"/> Postzustellungsurkunde		<input type="checkbox"/> Empfangsbekenntnis	
Pfändungs- und Überweisungsbeschluss					
In der Zwangsvollstreckungssache					
Behörde, Anschrift - Gläubiger/in -				Kassenzeichen	
Kreditinstitut	BLZ/BIC	Kto.-Nr./IBAN			
gegen					
Name und Anschrift des Schuldners/der Schuldnerin ggf. des/der Prozessbevollmächtigten				Geburtsdatum des Schuldners/der Schuldnerin	
Nach dem <input type="checkbox"/> vollstreckbaren Ausstandsverzeichnis, <input type="checkbox"/> für vollstreckbar erklärten Leistungsbescheid					
vom	Datum	über	EUR	Fälligkeit	Forderungsart
vom	Datum	über	EUR	Fälligkeit	Forderungsart
hat der/die Gläubiger/in gegen den/die Schuldner/in folgende Ansprüche:					
EUR	Hauptforderung				
EUR	Säumniszuschläge				
EUR	Mahngebühren				
EUR	bisherige Vollstreckungskosten				
EUR	Kosten dieser Vollstreckung (Gebühren und Auslagen)				
EUR	Gesamtbetrag				
Wegen dieser Ansprüche zzgl. der weiterzurechnenden Säumniszuschläge (§ 240 AO) von 1% aus <input type="text"/> EUR					
ab <input type="text"/> Datum, wird die angebliche Forderung des Schuldners/der Schuldnerin nach Art. 26 Abs. 7 Verwaltungszustellungs- und Vollstreckungsgesetz (VwZVG) i.V.m. §§ 829 ff. ZPO an					
Drittschuldner/in (genaue Anschrift und genaue Bezeichnung)					
auf Zahlung des gesamten Arbeitseinkommens (einschließlich des Geldwertes von Sachbezügen)					
so lange gepfändet, bis der Gläubigeranspruch gedeckt ist.					
<ul style="list-style-type: none">- Der Drittschuldner/Die Drittschuldnerin darf, soweit die Forderung bzw. der Anspruch gepfändet ist, an den Schuldner/die Schuldnerin nicht mehr leisten (§ 829 ZPO).- Der Schuldner/Die Schuldnerin darf insoweit nicht mehr über die Forderungen bzw. Ansprüche verfügen, insbesondere sie nicht einziehen.- Zugleich werden die gepfändeten Forderungen und Ansprüche dem Gläubiger in Höhe des gepfändeten Betrages zur Einziehung überwiesen (§ 835 ZPO).					
Unterschrift des/der Bediensteten der Vollstreckungsbehörde			Rechtsbehelfsbelehrung Gegen diesen Bescheid ist/sind die/der in der Anlage beschriebene/n Rechtsbehelf/e zulässig. Die Anlage ist Bestandteil dieses Bescheides.		

A. Zu pfändende Forderung

das gesamte Arbeitseinkommen (einschl. des Geldwertes von Sachbezügen) und Kurzarbeitergeld gem. §§ 19, 54 SGB I und 169 ff. SGB III.

Handels- und Versicherungsvertreter

- auf Zahlung des gesamten, auch künftigen Arbeitseinkommens, gleich wie es benannt wird, einschließlich des Geldwertes von Sachbezügen wird solange gepfändet, bis die Ansprüche des Gläubigers vollständig befriedigt sein werden; ausgenommen sind die durch ein Gesetz als unpfändbar bezeichneten Beträge. Mehrere Arbeitsvergütungen sind zusammenzurechnen. Die Pfändung wird gem. § 850c ZPO (in der jeweils gültigen Fassung) beschränkt.
- auf Zahlung fälliger und künftig fällig werdender Provisionen und Fixum (insbesondere auch Bestandsbetreuungsvergütung, Übergangsgeld, Kilometergeld, Kleidergeldzuschuss, Spesen und Stornoreserve, usw.) sowie sein angeblicher Anspruch auf Abrechnung und Auskunftserteilung wird gepfändet, welche ihm aus einem Handelsvertretervertrag bzw. Versicherungsvertretervertrag zustehen.

Lohnverschleierung

auf Zahlung des gesamten gegenwärtigen und zukünftigen Arbeitseinkommens einschließlich des nach den ortsüblichen Sätzen zu berechnenden Geldwertes von Sachbezügen in Höhe einer angemessenen Vergütung nach § 850h Abs. 2 ZPO. Die Pfändung wird gem. § 850c ZPO (in der jeweils gültigen Fassung) beschränkt.

Lohnschiebung

auf Zahlung des gesamten gegenwärtigen und zukünftigen Arbeitseinkommens einschließlich des nach den ortsüblichen Sätzen zu berechnenden Geldwertes von Sachbezügen ohne Rücksicht auf seine Benennung nach § 850h Abs. 1 ZPO. Die Pfändung wird gem. § 850c ZPO (in der jeweils gültigen Fassung) beschränkt.

Zeitsoldat

auf Zahlung der sich aus dem Dienstverhältnis beim Drittschuldner ergebenden Bezüge, insbesondere der Dienstbezüge (einschließlich des Geldwertes der Sachbezüge, Unterkunft und Dienstkleidung gem. der Festsetzung des Bundesministers der Verteidigung in der jeweils gültigen Fassung), der Übergangsgebühren, der Ausgleichsbezüge sowie eines Ausbildungszuschusses. Die Pfändung wird gem. § 850c ZPO (in der jeweils gültigen Fassung) beschränkt.

Berufssoldat

auf Zahlung der sich aus dem Dienstverhältnis ergebenden Bezüge, besonders der Dienstbezüge (einschließlich des Geldwertes der Sachbezüge, Unterkunft und Dienstkleidung gem. der Festsetzung des Bundesministers der Verteidigung in der jeweils gültigen Fassung), Versorgungsbezüge, deren Kapitalabfindung, des Unterhaltsbetrages gem. § 36 SVG, des Übergangsgeldes (§ 37 SVG), des einmaligen Ausgleichs für vorzeitigen Ruhestand und des Ausbildungszuschusses. Die Pfändung wird gem. § 850 ZPO (in der jeweils gültigen Fassung) beschränkt.

Die Pfändung der Forderungen auf Ausgleich für vorzeitigen Ruhestand und für Kapitalabfindung ist unbeschränkt; die Forderungen auf einmalige Unfallentschädigung, auf einmalige Entschädigung bzw. auf Sterbegeld sind von der Pfändung nicht erfasst.

Bedienungsgeld

Gegenwärtiges und künftiges Bedienungsgeld aus dem Dienstverhältnis als

Bezeichnung

(z.B. Hotelpage, Koch, Servicetätigkeit, Zimmermädchen usw.) Das Bedienungsgeld ist mit sonstigen Tätigkeitsvergütungen zusammenzurechnen. Die Pfändung wird gem. § 850c ZPO 8 (in der jeweils gültigen Fassung) beschränkt.

Eigengeld/Gefangenengeld

- auf Auszahlung des ihm als Eigengeld bereits gutgeschriebenen und künftig noch gutzuschreibenden Geldes mit Ausnahme des nach § 51 Abs. 1, 4 und 5 StVollzG (in der jeweils gültigen Fassung) unpfändbaren Teils der Höhe des zu bildenden und dem tatsächlich vorhandenen Überbrückungsgeldes,
- Leistung des ihm bei Entlassung in die Freiheit auszahlenden Überbrückungsgeldes, soweit es den Betrag von

EUR

übersteigt, der dem Schuldner für seinen notwendigen Unterhalt und zur Erfüllung seiner

Unterhaltungspflichten gegenüber

Name und Anschrift der/des Unterhaltsberechtigten

für die Zeit bis zum Ablauf von vier Wochen seit der Entlassung belassen wird.

B. Weitere Anordnungen

☐ Gemäß § 850c Abs. 4 ZPO in der jeweils gültigen Fassung wird **angeordnet**, dass

☐ der Ehegatte ☐ das Kind/die Kinder

Name/n

bei der Berechnung des unpfändbaren Teils des Arbeitseinkommens nicht als Unterhaltsberechtigte/r zu berücksichtigen
ist/sind, weil er/sie über eigenes Einkommen in Höhe von EUR verfügt/verfügen.

☐ Zur Berechnung des nach § 850c ZPO pfändbaren Teils des Gesamteinkommens sind gemäß § 850e Nr. 2 ZPO die Arbeitseinkommen, die der Schuldner/die Schuldnerin bei den Drittschuldnern

Name/n und Anschrift/en

erzielt, zusammenzurechnen. Der unpfändbare Betrag ist in erster Linie dem Arbeitseinkommen des Schuldners/der

Schuldnerin zu entnehmen, das bei dem Arbeitgeber

Name

und dann dem Arbeitseinkommen, das bei dem Arbeitgeber

Name

erzielt wird, zu entnehmen, da dieses Einkommen die wesentliche Grundlage der Lebenshaltung des Schuldners/der Schuldnerin bildet.

☐ Der Schuldner/die Schuldnerin hat gem. § 836 Abs. 3 ZPO an den Pfandgläubiger folgende Auskünfte zu erteilen bzw. Unterlagen herauszugeben:

☐ Lohnabrechnung der letzten 3 Monate sowie den aktuellen und alle zukünftigen Lohnabrechnungen.

☐ hat der Ehegatte bzw. Lebenspartner eigenes Einkommen? Falls ja, in welcher Höhe.

☐ hat ein Kind, dem der Schuldner aus einer gesetzlichen Verpflichtung zu Unterhalt verpflichtet ist, eigenes Einkommen? Falls ja, Name, Vorname, Geburtsdatum, Anschrift und Höhe des Einkommens angeben.

☐ bezieht der Schuldner Naturalleistungen? Falls ja, welche und mit welchem Wert.

Stellt der Arbeitgeber oder ein Dritter dem Schuldner kostenfrei ein Fahrzeug zu Verfügung?

☐ ja

☐ nein

C. Berechnung des pfändbaren Netto-Einkommens

Die Berechnung des pfändbaren Einkommens richtet sich nach §§ 850 ff. in der jeweils gültigen Fassung.

D. Berechnung des pfändbaren Betrages

Der pfändbare Betrag ergibt sich unter Berücksichtigung von Unterhaltsverpflichtungen des Schuldners/der Schuldnerin aus der Tabelle zu § 850c ZPO (in der Fassung des jeweils gültigen Gesetzes zur Änderung der Pfändungsfreigrenzen)

E. Drittschuldnererklärung

Gemäß § 840 ZPO in der jeweils gültigen Fassung ist der Drittschuldner verpflichtet, binnen 2 Wochen von der Zustellung dieses Beschlusses an gerechnet eine Drittschuldnererklärung abzugeben.

F. Kostenentscheidung

Die Kostenentscheidung beruht auf Art 41 Abs. 1 VwZVG und dem kommunalen Kostenverzeichnis. Die Erhebung von Auslagen stützt sich auf Art. 10 Kostengesetz.

Vollstreckungsbehörde		PLZ, Ort		Datum
		Sachbearbeiter/-in, ggf. E-Mail		Zimmer-Nr.
		Telefon Durchwahl (Nebst.)		Telefax
		Nr./AZ (Ford.-Pfändungs-Nr.)		
Drittschuldner		Zustellung an den Drittschuldner am:		Datum
		Zustellung mit		Uhrzeit
		<input type="checkbox"/> Postzustellungsurkunde		<input type="checkbox"/> Empfangsbekenntnis
Pfändungs- und Überweisungsbeschluss				
In der Zwangsvollstreckungssache				
Behörde, Anschrift - Gläubiger/in -				Kassenzeichen
Kreditinstitut	BLZ/BIC	Kto.-Nr./IBAN		
gegen				
Name und Anschrift des Schuldners/der Schuldnerin ggf. des/der Prozessbevollmächtigten				Geburtsdatum des Schuldners/der Schuldnerin
Nach dem <input type="checkbox"/> vollstreckbaren Ausstandsverzeichnis, <input type="checkbox"/> für vollstreckbar erklärten Leistungsbescheid				
vom	Datum	über	EUR	Fälligkeit
vom	Datum	über	EUR	Fälligkeit
hat der/die Gläubiger/in gegen den/die Schuldner/in folgende Ansprüche:				
EUR	Hauptforderung			
EUR	Säumniszuschläge			
EUR	Mahngebühren			
EUR	bisherige Vollstreckungskosten			
EUR	Kosten dieser Vollstreckung (Gebühren und Auslagen)			
EUR	Gesamtbetrag			
Wegen dieser Ansprüche zzgl. der weiterzurechnenden Säumniszuschläge (§ 240 AO) von 1% aus <input type="text"/> EUR				
ab <input type="text"/> Datum, wird die angebliche Forderung des Schuldners/der Schuldnerin nach Art. 26 Abs. 7 Verwaltungszustellungs- und Vollstreckungsgesetz (VwZVG) i.V.m. §§ 829 ff. ZPO an				
Drittschuldner/in (genaue Anschrift und genaue Bezeichnung)				
auf Zahlung des gesamten Arbeitseinkommens (einschließlich des Geldwertes von Sachbezügen)				
so lange gepfändet, bis der Gläubigeranspruch gedeckt ist.				
<ul style="list-style-type: none">- Der Drittschuldner/Die Drittschuldnerin darf, soweit die Forderung bzw. der Anspruch gepfändet ist, an den Schuldner/die Schuldnerin nicht mehr leisten (§ 829 ZPO).- Der Schuldner/Die Schuldnerin darf insoweit nicht mehr über die Forderungen bzw. Ansprüche verfügen, insbesondere sie nicht einziehen.- Zugleich werden die gepfändeten Forderungen und Ansprüche dem Gläubiger in Höhe des gepfändeten Betrages zur Einziehung überwiesen (§ 835 ZPO).				
Rechtsbehelfsbelehrung				
Gegen diesen Bescheid ist/sind die/der in der Anlage beschriebene/n Rechtsbehelf/e zulässig. Die Anlage ist Bestandteil dieses Bescheides.				
Unterschrift des/der Bediensteten der Vollstreckungsbehörde				

A. Zu pfändende Forderung

das gesamte Arbeitseinkommen (einschl. des Geldwertes von Sachbezügen) und Kurzarbeitergeld gem. §§ 19, 54 SGB I und 169 ff. SGB III.

Handels- und Versicherungsvertreter

- auf Zahlung des gesamten, auch künftigen Arbeitseinkommens, gleich wie es benannt wird, einschließlich des Geldwertes von Sachbezügen wird solange gepfändet, bis die Ansprüche des Gläubigers vollständig befriedigt sein werden; ausgenommen sind die durch ein Gesetz als unpfändbar bezeichneten Beträge. Mehrere Arbeitsvergütungen sind zusammenzurechnen. Die Pfändung wird gem. § 850c ZPO (in der jeweils gültigen Fassung) beschränkt.
- auf Zahlung fälliger und künftig fällig werdender Provisionen und Fixum (insbesondere auch Bestandsbetreuungvergütung, Übergangsgeld, Kilometergeld, Kleidergeldzuschuss, Spesen und Stornoreserve, usw.) sowie sein angeblicher Anspruch auf Abrechnung und Auskunftserteilung wird gepfändet, welche ihm aus einem Handelsvertretervertrag bzw. Versicherungsvertretervertrag zustehen.

Lohnverschleierung

auf Zahlung des gesamten gegenwärtigen und zukünftigen Arbeitseinkommens einschließlich des nach den ortsüblichen Sätzen zu berechnenden Geldwertes von Sachbezügen in Höhe einer angemessenen Vergütung nach § 850h Abs. 2 ZPO. Die Pfändung wird gem. § 850c ZPO (in der jeweils gültigen Fassung) beschränkt.

Lohnschiebung

auf Zahlung des gesamten gegenwärtigen und zukünftigen Arbeitseinkommens einschließlich des nach den ortsüblichen Sätzen zu berechnenden Geldwertes von Sachbezügen ohne Rücksicht auf seine Benennung nach § 850h Abs. 1 ZPO. Die Pfändung wird gem. § 850c ZPO (in der jeweils gültigen Fassung) beschränkt.

Zeitsoldat

auf Zahlung der sich aus dem Dienstverhältnis beim Drittschuldner ergebenden Bezüge, insbesondere der Dienstbezüge (einschließlich des Geldwertes der Sachbezüge, Unterkunft und Dienstkleidung gem. der Festsetzung des Bundesministers der Verteidigung in der jeweils gültigen Fassung), der Übergangsgebühren, der Ausgleichsbezüge sowie eines Ausbildungszuschusses. Die Pfändung wird gem. § 850c ZPO (in der jeweils gültigen Fassung) beschränkt.

Berufssoldat

auf Zahlung der sich aus dem Dienstverhältnis ergebenden Bezüge, besonders der Dienstbezüge (einschließlich des Geldwertes der Sachbezüge, Unterkunft und Dienstkleidung gem. der Festsetzung des Bundesministers der Verteidigung in der jeweils gültigen Fassung), Versorgungsbezüge, deren Kapitalabfindung, des Unterhaltsbetrages gem. § 36 SVG, des Übergangsgeldes (§ 37 SVG), des einmaligen Ausgleichs für vorzeitigen Ruhestand und des Ausbildungszuschusses. Die Pfändung wird gem. § 850 ZPO (in der jeweils gültigen Fassung) beschränkt.

Die Pfändung der Forderungen auf Ausgleich für vorzeitigen Ruhestand und für Kapitalabfindung ist unbeschränkt; die Forderungen auf einmalige Unfallentschädigung, auf einmalige Entschädigung bzw. auf Sterbegeld sind von der Pfändung nicht erfasst.

Bedienungsgeld

Gegenwärtiges und künftiges Bedienungsgeld aus dem Dienstverhältnis als

Bezeichnung

(z.B. Hotelpage, Koch, Servicetätigkeit, Zimmermädchen usw.) Das Bedienungsgeld ist mit sonstigen Tätigkeitsvergütungen zusammenzurechnen. Die Pfändung wird gem. § 850c ZPO 8 (in der jeweils gültigen Fassung) beschränkt.

Eigengeld/Gefangenengeld

- auf Auszahlung des ihm als Eigengeld bereits gutgeschriebenen und künftig noch gutzuschreibenden Geldes mit Ausnahme des nach § 51 Abs. 1, 4 und 5 StVollzG (in der jeweils gültigen Fassung) unpfändbaren Teils der Höhe des zu bildenden und dem tatsächlich vorhandenen Überbrückungsgeldes,
- Leistung des ihm bei Entlassung in die Freiheit auszahlenden Überbrückungsgeldes, soweit es den Betrag von

EUR

übersteigt, der dem Schuldner für seinen notwendigen Unterhalt und zur Erfüllung seiner

Unterhaltungspflichten gegenüber

Name und Anschrift der/des Unterhaltsberechtigten

für die Zeit bis zum Ablauf von vier Wochen seit der Entlassung belassen wird.

B. Weitere Anordnungen

☐ Gemäß § 850c Abs. 4 ZPO in der jeweils gültigen Fassung wird **angeordnet**, dass

☐ der Ehegatte ☐ das Kind/die Kinder

Name/n

bei der Berechnung des unpfändbaren Teils des Arbeitseinkommens nicht als Unterhaltsberechtigte/r zu berücksichtigen ist/sind, weil er/sie über eigenes Einkommen in Höhe von EUR verfügt/verfügen.

☐ Zur Berechnung des nach § 850c ZPO pfändbaren Teils des Gesamteinkommens sind gemäß § 850e Nr. 2 ZPO die Arbeitseinkommen, die der Schuldner/die Schuldnerin bei den Drittschuldnern

Name/n und Anschrift/en

erzielt, zusammenzurechnen. Der unpfändbare Betrag ist in erster Linie dem Arbeitseinkommen des Schuldners/der

Schuldnerin zu entnehmen, das bei dem Arbeitgeber

Name

und dann dem Arbeitseinkommen, das bei dem Arbeitgeber

Name

erzielt wird, zu entnehmen, da dieses Einkommen die wesentliche Grundlage der Lebenshaltung des Schuldners/der Schuldnerin bildet.

☐ Der Schuldner/die Schuldnerin hat gem. § 836 Abs. 3 ZPO an den Pfandgläubiger folgende Auskünfte zu erteilen bzw. Unterlagen herauszugeben:

☐ Lohnabrechnung der letzten 3 Monate sowie den aktuellen und alle zukünftigen Lohnabrechnungen.

☐ hat der Ehegatte bzw. Lebenspartner eigenes Einkommen? Falls ja, in welcher Höhe.

☐ hat ein Kind, dem der Schuldner aus einer gesetzlichen Verpflichtung zu Unterhalt verpflichtet ist, eigenes Einkommen? Falls ja, Name, Vorname, Geburtsdatum, Anschrift und Höhe des Einkommens angeben.

☐ bezieht der Schuldner Naturalleistungen? Falls ja, welche und mit welchem Wert.

Stellt der Arbeitgeber oder ein Dritter dem Schuldner kostenfrei ein Fahrzeug zu Verfügung?

☐ ja

☐ nein

C. Berechnung des pfändbaren Netto-Einkommens

Die Berechnung des pfändbaren Einkommens richtet sich nach §§ 850 ff. in der jeweils gültigen Fassung.

D. Berechnung des pfändbaren Betrages

Der pfändbare Betrag ergibt sich unter Berücksichtigung von Unterhaltsverpflichtungen des Schuldners/der Schuldnerin aus der Tabelle zu § 850c ZPO (in der Fassung des jeweils gültigen Gesetzes zur Änderung der Pfändungsfreigrenzen)

E. Drittschuldnererklärung

Gemäß § 840 ZPO in der jeweils gültigen Fassung ist der Drittschuldner verpflichtet, binnen 2 Wochen von der Zustellung dieses Beschlusses an gerechnet eine Drittschuldnererklärung abzugeben.

F. Kostenentscheidung

Die Kostenentscheidung beruht auf Art 41 Abs. 1 VwZVG und dem kommunalen Kostenverzeichnis. Die Erhebung von Auslagen stützt sich auf Art. 10 Kostengesetz.

Vollstreckungsbehörde	PLZ, Ort	Datum
Drittschuldner	Sachbearbeiter/-in, ggf. E-Mail	Zimmer-Nr.
	Telefon Durchwahl (Nebst.)	Telefax
	Nr./AZ (Ford.-Pfändungs-Nr.)	
	Zustellung an den Drittschuldner am:	Datum
Zustellung mit		
<input type="checkbox"/> Postzustellungsurkunde <input type="checkbox"/> Empfangsbekenntnis		

Pfändungs- und Überweisungsbeschluss

In der Zwangsvollstreckungssache

Behörde, Anschrift - Gläubiger/in -		Kassenzeichen
Kreditinstitut	BLZ/BIC	Kto.-Nr./IBAN
gegen		
Name und Anschrift des Schuldners/der Schuldnerin ggf. des/der Prozessbevollmächtigten		Geburtsdatum des Schuldners/der Schuldnerin

Nach dem ☐ vollstreckbaren Ausstandverzeichnis, ☐ für vollstreckbar erklärten Leistungsbescheid

vom	Datum	über	EUR	Fälligkeit	Forderungsart
vom	Datum	über	EUR	Fälligkeit	Forderungsart

hat der/die Gläubiger/in gegen den/die Schuldner/in folgende Ansprüche:

EUR	Hauptforderung
EUR	Säumniszuschläge
EUR	Mahngebühren
EUR	bisherige Vollstreckungskosten
EUR	Kosten dieser Vollstreckung (Gebühren und Auslagen)
EUR	Gesamtbetrag

Wegen dieser Ansprüche zzgl. der weiterzurechnenden Säumniszuschläge (§ 240 AO) von 1% aus EUR

ab Datum, wird die angebliche Forderung des Schuldners/der Schuldnerin nach Art. 26 Abs. 7 Verwaltungszustellungs- und Vollstreckungsgesetz (VwZVG) i.V.m. §§ 829 ff. ZPO an

Drittschuldner/in (genaue Anschrift und genaue Bezeichnung)

auf Zahlung des gesamten Arbeitseinkommens (einschließlich des Geldwertes von Sachbezügen)

so lange gepfändet, bis der Gläubigeranspruch gedeckt ist.

- Der Drittschuldner/Die Drittschuldnerin darf, soweit die Forderung bzw. der Anspruch gepfändet ist, an den Schuldner/die Schuldnerin nicht mehr leisten (§ 829 ZPO).
- Der Schuldner/Die Schuldnerin darf insoweit nicht mehr über die Forderungen bzw. Ansprüche verfügen, insbesondere sie nicht einziehen.
- Zugleich werden die gepfändeten Forderungen und Ansprüche dem Gläubiger in Höhe des gepfändeten Betrages zur Einziehung überwiesen (§ 835 ZPO).

Rechtsbehelfsbelehrung

Gegen diesen Bescheid ist/sind die/der in der Anlage beschriebene/n Rechtsbehelf/e zulässig. Die Anlage ist Bestandteil dieses Bescheides.

Unterschrift des/der Bediensteten der Vollstreckungsbehörde

A. Zu pfändende Forderung

☐ das gesamte Arbeitseinkommen (einschl. des Geldwertes von Sachbezügen) und Kurzarbeitergeld gem. §§ 19, 54 SGB I und 169 ff. SGB III.

☐ Handels- und Versicherungsvertreter

- auf Zahlung des gesamten, auch künftigen Arbeitseinkommens, gleich wie es benannt wird, einschließlich des Geldwertes von Sachbezügen wird solange gepfändet, bis die Ansprüche des Gläubigers vollständig befriedigt sein werden; ausgenommen sind die durch ein Gesetz als unpfändbar bezeichneten Beträge. Mehrere Arbeitsvergütungen sind zusammenzurechnen. Die Pfändung wird gem. § 850c ZPO (in der jeweils gültigen Fassung) beschränkt.
- auf Zahlung fälliger und künftig fällig werdender Provisionen und Fixum (insbesondere auch Bestandsbetreuungvergütung, Übergangsgeld, Kilometergeld, Kleidergeldzuschuss, Spesen und Stornoreserve, usw.) sowie sein angeblicher Anspruch auf Abrechnung und Auskunftserteilung wird gepfändet, welche ihm aus einem Handelsvertretervertrag bzw. Versicherungsvertretervertrag zustehen.

☐ Lohnverschleierung

auf Zahlung des gesamten gegenwärtigen und zukünftigen Arbeitseinkommens einschließlich des nach den ortsüblichen Sätzen zu berechnenden Geldwertes von Sachbezügen in Höhe einer angemessenen Vergütung nach § 850h Abs. 2 ZPO. Die Pfändung wird gem. § 850c ZPO (in der jeweils gültigen Fassung) beschränkt.

☐ Lohnschiebung

auf Zahlung des gesamten gegenwärtigen und zukünftigen Arbeitseinkommens einschließlich des nach den ortsüblichen Sätzen zu berechnenden Geldwertes von Sachbezügen ohne Rücksicht auf seine Benennung nach § 850h Abs. 1 ZPO. Die Pfändung wird gem. § 850c ZPO (in der jeweils gültigen Fassung) beschränkt.

☐ Zeitsoldat

auf Zahlung der sich aus dem Dienstverhältnis beim Drittschuldner ergebenden Bezüge, insbesondere der Dienstbezüge (einschließlich des Geldwertes der Sachbezüge, Unterkunft und Dienstkleidung gem. der Festsetzung des Bundesministers der Verteidigung in der jeweils gültigen Fassung), der Übergangsgebühren, der Ausgleichsbezüge sowie eines Ausbildungszuschusses. Die Pfändung wird gem. § 850c ZPO (in der jeweils gültigen Fassung) beschränkt.

☐ Berufssoldat

auf Zahlung der sich aus dem Dienstverhältnis ergebenden Bezüge, besonders der Dienstbezüge (einschließlich des Geldwertes der Sachbezüge, Unterkunft und Dienstkleidung gem. der Festsetzung des Bundesministers der Verteidigung in der jeweils gültigen Fassung), Versorgungsbezüge, deren Kapitalabfindung, des Unterhaltsbetrages gem. § 36 SVG, des Übergangsgeldes (§ 37 SVG), des einmaligen Ausgleichs für vorzeitigen Ruhestand und des Ausbildungszuschusses. Die Pfändung wird gem. § 850 ZPO (in der jeweils gültigen Fassung) beschränkt.

Die Pfändung der Forderungen auf Ausgleich für vorzeitigen Ruhestand und für Kapitalabfindung ist unbeschränkt; die Forderungen auf einmalige Unfallentschädigung, auf einmalige Entschädigung bzw. auf Sterbegeld sind von der Pfändung nicht erfasst.

☐ Bedienungsgeld

Gegenwärtiges und künftiges Bedienungsgeld aus dem Dienstverhältnis als

Bezeichnung

(z.B. Hotelpage, Koch, Servicetätigkeit, Zimmermädchen usw.) Das Bedienungsgeld ist mit sonstigen Tätigkeitsvergütungen zusammenzurechnen. Die Pfändung wird gem. § 850c ZPO 8 (in der jeweils gültigen Fassung) beschränkt.

☐ Eigengeld/Gefangenengeld

- auf Auszahlung des ihm als Eigengeld bereits gutgeschriebenen und künftig noch gutzuschreibenden Geldes mit Ausnahme des nach § 51 Abs. 1, 4 und 5 StVollzG (in der jeweils gültigen Fassung) unpfändbaren Teils der Höhe des zu bildenden und dem tatsächlich vorhandenen Überbrückungsgeldes,
- Leistung des ihm bei Entlassung in die Freiheit auszahlenden Überbrückungsgeldes, soweit es den Betrag von

EUR

übersteigt, der dem Schuldner für seinen notwendigen Unterhalt und zur Erfüllung seiner

Unterhaltungspflichten gegenüber

Name und Anschrift der/des Unterhaltsberechtigten

für die Zeit bis zum Ablauf von vier Wochen seit der Entlassung belassen wird.

B. Weitere Anordnungen

☐ Gemäß § 850c Abs. 4 ZPO in der jeweils gültigen Fassung wird **angeordnet**, dass

☐ der Ehegatte ☐ das Kind/die Kinder

bei der Berechnung des unpfändbaren Teils des Arbeitseinkommens nicht als Unterhaltsberechtigte/r zu berücksichtigen ist/sind, weil er/sie über eigenes Einkommen in Höhe von verfügt/verfügen.

☐ Zur Berechnung des nach § 850c ZPO pfändbaren Teils des Gesamteinkommens sind gemäß § 850e Nr. 2 ZPO die Arbeitseinkommen, die der Schuldner/die Schuldnerin bei den Drittschuldnern

erzielt, zusammenzurechnen. Der unpfändbare Betrag ist in erster Linie dem Arbeitseinkommen des Schuldners/der Schuldnerin zu entnehmen, das bei dem Arbeitgeber

und dann dem Arbeitseinkommen, das bei dem Arbeitgeber

erzielt wird, zu entnehmen, da dieses Einkommen die wesentliche Grundlage der Lebenshaltung des Schuldners/der Schuldnerin bildet.

☐ Der Schuldner/die Schuldnerin hat gem. § 836 Abs. 3 ZPO an den Pfandgläubiger folgende Auskünfte zu erteilen bzw. Unterlagen herauszugeben:

☐ Lohnabrechnung der letzten 3 Monate sowie den aktuellen und alle zukünftigen Lohnabrechnungen.

☐ hat der Ehegatte bzw. Lebenspartner eigenes Einkommen? Falls ja, in welcher Höhe.

☐ hat ein Kind, dem der Schuldner aus einer gesetzlichen Verpflichtung zu Unterhalt verpflichtet ist, eigenes Einkommen? Falls ja, Name, Vorname, Geburtsdatum, Anschrift und Höhe des Einkommens angeben.

☐ bezieht der Schuldner Naturalleistungen? Falls ja, welche und mit welchem Wert.
Stellt der Arbeitgeber oder ein Dritter dem Schuldner kostenfrei ein Fahrzeug zu Verfügung? ☐ ja ☐ nein

C. Berechnung des pfändbaren Netto-Einkommens

Die Berechnung des pfändbaren Einkommens richtet sich nach §§ 850 ff. in der jeweils gültigen Fassung.

D. Berechnung des pfändbaren Betrages

Der pfändbare Betrag ergibt sich unter Berücksichtigung von Unterhaltsverpflichtungen des Schuldners/der Schuldnerin aus der Tabelle zu § 850c ZPO (in der Fassung des jeweils gültigen Gesetzes zur Änderung der Pfändungsfreigrenzen)

E. Drittschuldnererklärung

Gemäß § 840 ZPO in der jeweils gültigen Fassung ist der Drittschuldner verpflichtet, binnen 2 Wochen von der Zustellung dieses Beschlusses an gerechnet eine Drittschuldnererklärung abzugeben.

F. Kostenentscheidung

Die Kostenentscheidung beruht auf Art 41 Abs. 1 VwZVG und dem kommunalen Kostenverzeichnis. Die Erhebung von Auslagen stützt sich auf Art. 10 Kostengesetz.

Vollstreckungsbehörde		PLZ, Ort		Datum	
Drittschuldner		Sachbearbeiter/-in, ggf. E-Mail		Zimmer-Nr.	
		Telefon Durchwahl (Nebst.)		Telefax	
		Nr./AZ (Ford.-Pfändungs-Nr.)			
		Zustellung an den Drittschuldner am:		Datum	
		Zustellung mit			
		<input type="checkbox"/> Postzustellungsurkunde		<input type="checkbox"/> Empfangsbekenntnis	
Pfändungs- und Überweisungsbeschluss					
In der Zwangsvollstreckungssache					
Behörde, Anschrift - Gläubiger/in -				Kassenzeichen	
Kreditinstitut		BLZ/BIC		Kto.-Nr./IBAN	
gegen					
Name und Anschrift des Schuldners/der Schuldnerin ggf. des/der Prozessbevollmächtigten				Geburtsdatum des Schuldners/der Schuldnerin	
Nach dem <input type="checkbox"/> vollstreckbaren Ausstandsverzeichnis, <input type="checkbox"/> für vollstreckbar erklärten Leistungsbescheid					
vom		Datum		über	
		EUR		Fälligkeit	
vom		Datum		über	
		EUR		Fälligkeit	
hat der/die Gläubiger/in gegen den/die Schuldner/in folgende Ansprüche:					
EUR		Hauptforderung			
EUR		Säumniszuschläge			
EUR		Mahngebühren			
EUR		bisherige Vollstreckungskosten			
EUR		Kosten dieser Vollstreckung (Gebühren und Auslagen)			
EUR		Gesamtbetrag			
Wegen dieser Ansprüche zzgl. der weiterzurechnenden Säumniszuschläge (§ 240 AO) von 1% aus <input type="text"/> EUR					
ab <input type="text"/> Datum, wird die angebliche Forderung des Schuldners/der Schuldnerin nach Art. 26 Abs. 7 Verwaltungszustellungs- und Vollstreckungsgesetz (VwZVG) i.V.m. §§ 829 ff. ZPO an					
Drittschuldner/in (genaue Anschrift und genaue Bezeichnung)					
auf Zahlung des gesamten Arbeitseinkommens (einschließlich des Geldwertes von Sachbezügen)					
so lange gepfändet, bis der Gläubigeranspruch gedeckt ist.					
<ul style="list-style-type: none">- Der Drittschuldner/Die Drittschuldnerin darf, soweit die Forderung bzw. der Anspruch gepfändet ist, an den Schuldner/die Schuldnerin nicht mehr leisten (§ 829 ZPO).- Der Schuldner/Die Schuldnerin darf insoweit nicht mehr über die Forderungen bzw. Ansprüche verfügen, insbesondere sie nicht einziehen.- Zugleich werden die gepfändeten Forderungen und Ansprüche dem Gläubiger in Höhe des gepfändeten Betrages zur Einziehung überwiesen (§ 835 ZPO).					
Rechtsbehelfsbelehrung					
Gegen diesen Bescheid ist/sind die/der in der Anlage beschriebene/n Rechtsbehelf/e zulässig. Die Anlage ist Bestandteil dieses Bescheides.					
Unterschrift des/der Bediensteten der Vollstreckungsbehörde					

A. Zu pfändende Forderung

das gesamte Arbeitseinkommen (einschl. des Geldwertes von Sachbezügen) und Kurzarbeitergeld gem. §§ 19, 54 SGB I und 169 ff. SGB III.

Handels- und Versicherungsvertreter

- auf Zahlung des gesamten, auch künftigen Arbeitseinkommens, gleich wie es benannt wird, einschließlich des Geldwertes von Sachbezügen wird solange gepfändet, bis die Ansprüche des Gläubigers vollständig befriedigt sein werden; ausgenommen sind die durch ein Gesetz als unpfändbar bezeichneten Beträge. Mehrere Arbeitsvergütungen sind zusammenzurechnen. Die Pfändung wird gem. § 850c ZPO (in der jeweils gültigen Fassung) beschränkt.
- auf Zahlung fälliger und künftig fällig werdender Provisionen und Fixum (insbesondere auch Bestandsbetreuungsgütung, Übergangsgeld, Kilometergeld, Kleidergeldzuschuss, Spesen und Stornoreserve, usw.) sowie sein angeblicher Anspruch auf Abrechnung und Auskunftserteilung wird gepfändet, welche ihm aus einem Handelsvertretervertrag bzw. Versicherungsvertretervertrag zustehen.

Lohnverschleierung

auf Zahlung des gesamten gegenwärtigen und zukünftigen Arbeitseinkommens einschließlich des nach den ortsüblichen Sätzen zu berechnenden Geldwertes von Sachbezügen in Höhe einer angemessenen Vergütung nach § 850h Abs. 2 ZPO. Die Pfändung wird gem. § 850c ZPO (in der jeweils gültigen Fassung) beschränkt.

Lohnschiebung

auf Zahlung des gesamten gegenwärtigen und zukünftigen Arbeitseinkommens einschließlich des nach den ortsüblichen Sätzen zu berechnenden Geldwertes von Sachbezügen ohne Rücksicht auf seine Benennung nach § 850h Abs. 1 ZPO. Die Pfändung wird gem. § 850c ZPO (in der jeweils gültigen Fassung) beschränkt.

Zeitsoldat

auf Zahlung der sich aus dem Dienstverhältnis beim Drittschuldner ergebenden Bezüge, insbesondere der Dienstbezüge (einschließlich des Geldwertes der Sachbezüge, Unterkunft und Dienstkleidung gem. der Festsetzung des Bundesministers der Verteidigung in der jeweils gültigen Fassung), der Übergangsgebühren, der Ausgleichsbezüge sowie eines Ausbildungszuschusses. Die Pfändung wird gem. § 850c ZPO (in der jeweils gültigen Fassung) beschränkt.

Berufssoldat

auf Zahlung der sich aus dem Dienstverhältnis ergebenden Bezüge, besonders der Dienstbezüge (einschließlich des Geldwertes der Sachbezüge, Unterkunft und Dienstkleidung gem. der Festsetzung des Bundesministers der Verteidigung in der jeweils gültigen Fassung), Versorgungsbezüge, deren Kapitalabfindung, des Unterhaltsbetrages gem. § 36 SVG, des Übergangsgeldes (§ 37 SVG), des einmaligen Ausgleichs für vorzeitigen Ruhestand und des Ausbildungszuschusses. Die Pfändung wird gem. § 850 ZPO (in der jeweils gültigen Fassung) beschränkt.

Die Pfändung der Forderungen auf Ausgleich für vorzeitigen Ruhestand und für Kapitalabfindung ist unbeschränkt; die Forderungen auf einmalige Unfallentschädigung, auf einmalige Entschädigung bzw. auf Sterbegeld sind von der Pfändung nicht erfasst.

Bedienungsgeld

Gegenwärtiges und künftiges Bedienungsgeld aus dem Dienstverhältnis als

Bezeichnung

(z.B. Hotelpage, Koch, Servicetätigkeit, Zimmermädchen usw.) Das Bedienungsgeld ist mit sonstigen Tätigkeitsvergütungen zusammenzurechnen. Die Pfändung wird gem. § 850c ZPO 8 (in der jeweils gültigen Fassung) beschränkt.

Eigengeld/Gefangenengeld

- auf Auszahlung des ihm als Eigengeld bereits gutgeschriebenen und künftig noch gutzuschreibenden Geldes mit Ausnahme des nach § 51 Abs. 1, 4 und 5 StVollzG (in der jeweils gültigen Fassung) unpfändbaren Teils der Höhe des zu bildenden und dem tatsächlich vorhandenen Überbrückungsgeldes,
- Leistung des ihm bei Entlassung in die Freiheit auszahlenden Überbrückungsgeldes, soweit es den Betrag von

EUR

übersteigt, der dem Schuldner für seinen notwendigen Unterhalt und zur Erfüllung seiner

Unterhaltungspflichten gegenüber

Name und Anschrift der/des Unterhaltsberechtigten

für die Zeit bis zum Ablauf von vier Wochen seit der Entlassung belassen wird.

B. Weitere Anordnungen

☐ Gemäß § 850c Abs. 4 ZPO in der jeweils gültigen Fassung wird **angeordnet**, dass

☐ der Ehegatte ☐ das Kind/die Kinder

Name/n

bei der Berechnung des unpfändbaren Teils des Arbeitseinkommens nicht als Unterhaltsberechtigte/r zu berücksichtigen ist/sind, weil er/sie über eigenes Einkommen in Höhe von EUR verfügt/verfügen.

☐ Zur Berechnung des nach § 850c ZPO pfändbaren Teils des Gesamteinkommens sind gemäß § 850e Nr. 2 ZPO die Arbeitseinkommen, die der Schuldner/die Schuldnerin bei den Drittschuldnern

Name/n und Anschrift/en

erzielt, zusammenzurechnen. Der unpfändbare Betrag ist in erster Linie dem Arbeitseinkommen des Schuldners/der

Schuldnerin zu entnehmen, das bei dem Arbeitgeber

Name

und dann dem Arbeitseinkommen, das bei dem Arbeitgeber

Name

erzielt wird, zu entnehmen, da dieses Einkommen die wesentliche Grundlage der Lebenshaltung des Schuldners/der Schuldnerin bildet.

☐ Der Schuldner/die Schuldnerin hat gem. § 836 Abs. 3 ZPO an den Pfandgläubiger folgende Auskünfte zu erteilen bzw. Unterlagen herauszugeben:

☐ Lohnabrechnung der letzten 3 Monate sowie den aktuellen und alle zukünftigen Lohnabrechnungen.

☐ hat der Ehegatte bzw. Lebenspartner eigenes Einkommen? Falls ja, in welcher Höhe.

☐ hat ein Kind, dem der Schuldner aus einer gesetzlichen Verpflichtung zu Unterhalt verpflichtet ist, eigenes Einkommen? Falls ja, Name, Vorname, Geburtsdatum, Anschrift und Höhe des Einkommens angeben.

☐ bezieht der Schuldner Naturalleistungen? Falls ja, welche und mit welchem Wert.

Stellt der Arbeitgeber oder ein Dritter dem Schuldner kostenfrei ein Fahrzeug zu Verfügung?

☐ ja

☐ nein

C. Berechnung des pfändbaren Netto-Einkommens

Die Berechnung des pfändbaren Einkommens richtet sich nach §§ 850 ff. in der jeweils gültigen Fassung.

D. Berechnung des pfändbaren Betrages

Der pfändbare Betrag ergibt sich unter Berücksichtigung von Unterhaltsverpflichtungen des Schuldners/der Schuldnerin aus der Tabelle zu § 850c ZPO (in der Fassung des jeweils gültigen Gesetzes zur Änderung der Pfändungsfreigrenzen)

E. Drittschuldnererklärung

Gemäß § 840 ZPO in der jeweils gültigen Fassung ist der Drittschuldner verpflichtet, binnen 2 Wochen von der Zustellung dieses Beschlusses an gerechnet eine Drittschuldnererklärung abzugeben.

F. Kostenentscheidung

Die Kostenentscheidung beruht auf Art 41 Abs. 1 VwZVG und dem kommunalen Kostenverzeichnis. Die Erhebung von Auslagen stützt sich auf Art. 10 Kostengesetz.

**Fakultatives Widerspruchsverfahren bei einem Adressaten,
wenn bei der Behörde für die Übermittlung elektronischer Daten
ein Zugang eröffnet ist**

Rechtsbehelfsbelehrung:

Gegen diesen Bescheid kann innerhalb eines Monats nach seiner Bekanntgabe entweder Widerspruch eingelegt (siehe 1.) oder unmittelbar Klage erhoben (siehe 2.) werden.

1. Wenn Widerspruch eingelegt wird:

Der Widerspruch ist **schriftlich oder zur Niederschrift** bei der umseitig genannten Vollstreckungsbehörde einzulegen. Er kann auch **elektronisch mit einer qualifizierten elektronischen Signatur nach dem Signaturgesetz versehen** unter der umseitig genannten Adresse eingelegt werden. Sollte über den Widerspruch ohne zureichenden Grund in angemessener Frist sachlich nicht entschieden werden, so kann Klage bei dem **zuständigen Bayerischen Verwaltungsgericht*** - Anschrift siehe unten - schriftlich oder zur Niederschrift des Urkundsbeamten der Geschäftsstelle dieses Gerichts erhoben werden. Die Klage kann nicht vor Ablauf von drei Monaten seit der Einlegung des Widerspruches erhoben werden, außer wenn wegen besonderer Umstände des Falles eine kürzere Frist geboten ist. Die Klage muss den Kläger, den Beklagten (Vollstreckungsbehörde) und den Gegenstand des Klagebegehrens bezeichnen und soll einen bestimmten Antrag enthalten. Die zur Begründung dienenden Tatsachen und Beweismittel sollen angegeben, der angefochtene Bescheid soll in Urschrift oder in Abschrift beigelegt werden. Der Klage und allen Schriftsätzen sollen Abschriften für die übrigen Beteiligten beigelegt werden.

2. Wenn unmittelbar Klage erhoben wird:

Die Klage ist bei dem **zuständigen Bayerischen Verwaltungsgericht*** - Anschrift siehe unten - **schriftlich oder zur Niederschrift des Urkundsbeamten der Geschäftsstelle dieses Gerichts** zu erheben. **Die Klage muss den Kläger, den Beklagten (Vollstreckungsbehörde) und den Gegenstand des Klagebegehrens bezeichnen** und soll einen bestimmten Antrag enthalten. Die zur Begründung dienenden Tatsachen und Beweismittel sollen angegeben, der angefochtene Bescheid soll in Urschrift oder in Abschrift beigelegt werden. Der Klage und allen Schriftsätzen sollen Abschriften für die übrigen Beteiligten beigelegt werden.

Hinweise zur Rechtsbehelfsbelehrung:

- Durch das Gesetz zur Änderung des Gesetzes zur Ausführung der Verwaltungsgerichtsordnung vom 22.06.2007 (GVBl. S. 390) wurde im Bereich der Vollstreckungsforderung ein fakultatives Widerspruchsverfahren eingeführt, das eine Wahlmöglichkeit eröffnet zwischen Widerspruchseinlegung und unmittelbarer Klageerhebung.
- Ein elektronisch eingelegter Widerspruch muss mit einer qualifizierten elektronischen Signatur nach dem Signaturgesetz versehen sein. Eine elektronische Widerspruchseinlegung ohne qualifizierte elektronische Signatur ist unzulässig.
- Eine Klageerhebung in elektronischer Form ist unzulässig.
- Kraft Bundesrecht ist in Prozessverfahren vor den Verwaltungsgerichten seit 01.07.2004 grundsätzlich ein Gebührevorschuss zu entrichten.

Zuständiges Bayerisches Verwaltungsgericht:

*) Das zuständige Verwaltungsgericht ist angekreuzt.

☐

Oberbayern:

Bayer. Verwaltungsgericht München
Postfach 20 05 43, 80005 München
Bayerstraße 30, 80335 München

☐

Niederbayern und Oberpfalz:

Bayer. Verwaltungsgericht Regensburg
Postfach 11 01 65, 93014 Regensburg
Haidplatz 1, 93047 Regensburg

☐

Oberfranken:

Bayer. Verwaltungsgericht Bayreuth
Postfach 11 03 21, 95422 Bayreuth
Friedrichstraße 16, 95444 Bayreuth

☐

Mittelfranken:

Bayer. Verwaltungsgericht Ansbach
Postfach 616, 91511 Ansbach
Promenade 24 - 28, 91522 Ansbach

☐

Unterfranken:

Bayer. Verwaltungsgericht Würzburg
Postfach 11 02 65, 97029 Würzburg
Burkarderstraße 26, 97082 Würzburg

☐

Schwaben:

Bayer. Verwaltungsgericht Augsburg
Postfach 11 23 43, 86048 Augsburg
Kornhausgasse 4, 86152 Augsburg

**Fakultatives Widerspruchsverfahren bei einem Adressaten,
wenn bei der Behörde für die Übermittlung elektronischer Daten
kein Zugang eröffnet ist**

Rechtsbehelfsbelehrung:

Gegen diesen Bescheid kann innerhalb eines Monats nach seiner Bekanntgabe entweder Widerspruch eingelegt (siehe 1.) oder unmittelbar Klage erhoben (siehe 2.) werden.

1. Wenn Widerspruch eingelegt wird:

Der Widerspruch ist **schriftlich oder zur Niederschrift** bei der umseitig genannten Vollstreckungsbehörde einzulegen. Sollte über den Widerspruch ohne zureichenden Grund in angemessener Frist sachlich nicht entschieden werden, so kann Klage bei dem **zuständigen Bayerischen Verwaltungsgericht*** - Anschrift siehe unten - schriftlich oder zur Niederschrift des Urkundsbeamten der Geschäftsstelle dieses Gerichts erhoben werden. Die Klage kann nicht vor Ablauf von drei Monaten seit der Einlegung des Widerspruchs erhoben werden, außer wenn wegen besonderer Umstände des Falles eine kürzere Frist geboten ist. Die Klage muss den Kläger, den Beklagten (Vollstreckungsbehörde) und den Gegenstand des Klagebegehrens bezeichnen und soll einen bestimmten Antrag enthalten. Die zur Begründung dienenden Tatsachen und Beweismittel sollen angegeben, der angefochtene Bescheid soll in Urschrift oder in Abschrift beigelegt werden. Der Klage und allen Schriftsätzen sollen Abschriften für die übrigen Beteiligten beigelegt werden.

2. Wenn unmittelbar Klage erhoben wird:

Die Klage ist bei dem **zuständigen Bayerischen Verwaltungsgericht*** - Anschrift siehe unten - **schriftlich oder zur Niederschrift des Urkundsbeamten der Geschäftsstelle dieses Gerichts** zu erheben. **Die Klage muss den Kläger, den Beklagten (Vollstreckungsbehörde) und den Gegenstand des Klagebegehrens bezeichnen** und soll einen bestimmten Antrag enthalten. Die zur Begründung dienenden Tatsachen und Beweismittel sollen angegeben, der angefochtene Bescheid soll in Urschrift oder in Abschrift beigelegt werden. Der Klage und allen Schriftsätzen sollen Abschriften für die übrigen Beteiligten beigelegt werden.

Hinweise zur Rechtsbehelfsbelehrung:

- Durch das Gesetz zur Änderung des Gesetzes zur Ausführung der Verwaltungsgerichtsordnung vom 22.06.2007 (GVBl. S. 390) wurde im Bereich der Vollstreckungsforderung ein fakultatives Widerspruchsverfahren eingeführt, das eine Wahlmöglichkeit eröffnet zwischen Widerspruchseinlegung und unmittelbarer Klageerhebung.
- Eine elektronische Widerspruchseinlegung ist unzulässig.
- Eine Klageerhebung in elektronischer Form ist unzulässig.
- Kraft Bundesrecht ist in Prozessverfahren vor den Verwaltungsgerichten seit 01.07.2004 grundsätzlich ein Gebührenvorschuss zu entrichten.

Zuständiges Bayerisches Verwaltungsgericht:

*) Das zuständige Verwaltungsgericht ist angekreuzt.

☐ **Oberbayern:**
Bayer. Verwaltungsgericht München
Postfach 20 05 43, 80005 München
Bayerstraße 30, 80335 München

☐ **Niederbayern und Oberpfalz:**
Bayer. Verwaltungsgericht Regensburg
Postfach 11 01 65, 93014 Regensburg
Haidplatz 1, 93047 Regensburg

☐ **Oberfranken:**
Bayer. Verwaltungsgericht Bayreuth
Postfach 11 03 21, 95422 Bayreuth
Friedrichstraße 16, 95444 Bayreuth

☐ **Mittelfranken:**
Bayer. Verwaltungsgericht Ansbach
Postfach 616, 91511 Ansbach
Promenade 24 - 28, 91522 Ansbach

☐ **Unterfranken:**
Bayer. Verwaltungsgericht Würzburg
Postfach 11 02 65, 97029 Würzburg
Burkarderstraße 26, 97082 Würzburg

☐ **Schwaben:**
Bayer. Verwaltungsgericht Augsburg
Postfach 11 23 43, 86048 Augsburg
Kornhausgasse 4, 86152 Augsburg

**Fakultatives Widerspruchsverfahren bei mehreren Adressaten,
wenn bei der Behörde für die Übermittlung elektronischer Daten
ein Zugang eröffnet ist**

Rechtsbehelfsbelehrung:

Gegen diesen Bescheid kann jeder Adressat innerhalb eines Monats nach seiner Bekanntgabe entweder Widerspruch einlegen (siehe 1.) oder, wenn die übrigen Adressaten dieses Bescheids zustimmen, unmittelbar Klage erheben (siehe 2.).

1. Wenn Widerspruch eingelegt wird:

Der Widerspruch ist **schriftlich oder zur Niederschrift** bei der umseitig genannten Vollstreckungsbehörde einzulegen. Der Widerspruch kann **auch elektronisch mit einer qualifizierten elektronischen Signatur nach dem Signaturgesetz versehen** unter der umseitig genannten Adresse eingelegt werden. Sollte über den Widerspruch ohne zureichenden Grund in angemessener Frist sachlich nicht entschieden werden, so kann Klage bei dem **zuständigen Bayerischen Verwaltungsgericht*** - Anschrift siehe unten - schriftlich oder zur Niederschrift des Urkundsbeamten der Geschäftsstelle dieses Gerichts erhoben werden. Die Klage kann nicht vor Ablauf von drei Monaten seit der Einlegung des Widerspruchs erhoben werden, außer wenn wegen besonderer Umstände des Falles eine kürzere Frist geboten ist. Die Klage muss den Kläger, den Beklagten (Vollstreckungsbehörde) und den Gegenstand des Klagebegehrens bezeichnen und soll einen bestimmten Antrag enthalten. Die zur Begründung dienenden Tatsachen und Beweismittel sollen angegeben, der angefochtene Bescheid soll in Urschrift oder in Abschrift beigelegt werden. Der Klage und allen Schriftsätzen sollen Abschriften für die übrigen Beteiligten beigelegt werden.

2. Wenn unmittelbar Klage erhoben wird:

Die Klage ist bei dem **zuständigen Bayerischen Verwaltungsgericht*** - Anschrift siehe unten - **schriftlich oder zur Niederschrift des Urkundsbeamten der Geschäftsstelle dieses Gerichts** zu erheben. **Die Klage muss den Kläger, den Beklagten (Vollstreckungsbehörde) und den Gegenstand des Klagebegehrens bezeichnen** und soll einen bestimmten Antrag enthalten. Die zur Begründung dienenden Tatsachen und Beweismittel sollen angegeben, der angefochtene Bescheid soll in Urschrift oder in Abschrift beigelegt werden. Der Klage und allen Schriftsätzen sollen Abschriften für die übrigen Beteiligten beigelegt werden.

Hinweise zur Rechtsbehelfsbelehrung:

- Durch das Gesetz zur Änderung des Gesetzes zur Ausführung der Verwaltungsgerichtsordnung vom 22.06.2007 (GVBl. S. 390) wurde im Bereich der Vollstreckungsforderung ein fakultatives Widerspruchsverfahren eingeführt, das eine Wahlmöglichkeit eröffnet zwischen Widerspruchseinlegung und unmittelbarer Klageerhebung. Die unmittelbare Klageerhebung setzt die Zustimmung aller gemeinsamen Adressaten des Bescheids voraus. Wirksam zustimmen kann nur, wer keinen Widerspruch eingelegt hat.
- Ein elektronisch eingelegter Widerspruch muss mit einer qualifizierten elektronischen Signatur nach dem Signaturgesetz versehen sein. Eine elektronische Widerspruchseinlegung ohne qualifizierte elektronische Signatur ist unzulässig.
- Eine Klageerhebung in elektronischer Form ist unzulässig.
- Kraft Bundesrecht ist in Prozessverfahren vor den Verwaltungsgerichten seit 01.07.2004 grundsätzlich ein Gebührenvorschuss zu entrichten.

Zuständiges Bayerisches Verwaltungsgericht:

*) Das zuständige Verwaltungsgericht ist angekreuzt.

☐ **Oberbayern:**
Bayer. Verwaltungsgericht München
Postfach 20 05 43, 80005 München
Bayerstraße 30, 80335 München

☐ **Niederbayern und Oberpfalz:**
Bayer. Verwaltungsgericht Regensburg
Postfach 11 01 65, 93014 Regensburg
Haidplatz 1, 93047 Regensburg

☐ **Oberfranken:**
Bayer. Verwaltungsgericht Bayreuth
Postfach 11 03 21, 95422 Bayreuth
Friedrichstraße 16, 95444 Bayreuth

☐ **Mittelfranken:**
Bayer. Verwaltungsgericht Ansbach
Postfach 616, 91511 Ansbach
Promenade 24 - 28, 91522 Ansbach

☐ **Unterfranken:**
Bayer. Verwaltungsgericht Würzburg
Postfach 11 02 65, 97029 Würzburg
Burkarderstraße 26, 97082 Würzburg

☐ **Schwaben:**
Bayer. Verwaltungsgericht Augsburg
Postfach 11 23 43, 86048 Augsburg
Kornhausgasse 4, 86152 Augsburg

**Fakultatives Widerspruchsverfahren bei mehreren Adressaten,
wenn bei der Behörde für die Übermittlung elektronischer Daten
kein Zugang eröffnet ist**

Rechtsbehelfsbelehrung:

Gegen diesen Bescheid kann jeder Adressat innerhalb eines Monats nach seiner Bekanntgabe entweder Widerspruch einlegen (siehe 1.) oder, wenn die übrigen Adressaten dieses Bescheids zustimmen, unmittelbar Klage erheben (siehe 2.).

1. Wenn Widerspruch eingelegt wird:

Der Widerspruch ist **schriftlich oder zur Niederschrift** bei der umseitig genannten Vollstreckungsbehörde einzulegen. Sollte über den Widerspruch ohne zureichenden Grund in angemessener Frist sachlich nicht entschieden werden, so kann Klage bei dem **zuständigen Bayerischen Verwaltungsgericht*** - Anschrift siehe unten - schriftlich oder zur Niederschrift des Urkundsbeamten der Geschäftsstelle dieses Gerichts erhoben werden. Die Klage kann nicht vor Ablauf von drei Monaten seit der Einlegung des Widerspruchs erhoben werden, außer wenn wegen besonderer Umstände des Falles eine kürzere Frist geboten ist. Die Klage muss den Kläger, den Beklagten (Vollstreckungsbehörde) und den Gegenstand des Klagebegehrens bezeichnen und soll einen bestimmten Antrag enthalten. Die zur Begründung dienenden Tatsachen und Beweismittel sollen angegeben, der angefochtene Bescheid soll in Urschrift oder in Abschrift beigelegt werden. Der Klage und allen Schriftsätzen sollen Abschriften für die übrigen Beteiligten beigelegt werden.

2. Wenn unmittelbar Klage erhoben wird:

Die Klage ist bei dem **zuständigen Bayerischen Verwaltungsgericht*** - Anschrift siehe unten - **schriftlich oder zur Niederschrift des Urkundsbeamten der Geschäftsstelle dieses Gerichts** zu erheben. **Die Klage muss den Kläger, den Beklagten (Vollstreckungsbehörde) und den Gegenstand des Klagebegehrens bezeichnen** und soll einen bestimmten Antrag enthalten. Die zur Begründung dienenden Tatsachen und Beweismittel sollen angegeben, der angefochtene Bescheid soll in Urschrift oder in Abschrift beigelegt werden. Der Klage und allen Schriftsätzen sollen Abschriften für die übrigen Beteiligten beigelegt werden.

Hinweise zur Rechtsbehelfsbelehrung:

- Durch das Gesetz zur Änderung des Gesetzes zur Ausführung der Verwaltungsgerichtsordnung vom 22.06.2007 (GVBl. S. 390) wurde im Bereich der Vollstreckungsforderung ein fakultatives Widerspruchsverfahren eingeführt, das eine Wahlmöglichkeit eröffnet zwischen Widerspruchseinlegung und unmittelbarer Klageerhebung. Die unmittelbare Klageerhebung setzt die Zustimmung aller gemeinsamen Adressaten des Bescheids voraus. Wirksam zustimmen kann nur, wer keinen Widerspruch eingelegt hat.
- Eine elektronische Widerspruchseinlegung ist unzulässig.
- Eine Klageerhebung in elektronischer Form ist unzulässig.
- Kraft Bundesrecht ist in Prozessverfahren vor den Verwaltungsgerichten seit 01.07.2004 grundsätzlich ein Gebührenvorschuss zu entrichten.

Zuständiges Bayerisches Verwaltungsgericht:

*) Das zuständige Verwaltungsgericht ist angekreuzt.

☐ **Oberbayern:**
Bayer. Verwaltungsgericht München
Postfach 20 05 43, 80005 München
Bayerstraße 30, 80335 München

☐ **Niederbayern und Oberpfalz:**
Bayer. Verwaltungsgericht Regensburg
Postfach 11 01 65, 93014 Regensburg
Haidplatz 1, 93047 Regensburg

☐ **Oberfranken:**
Bayer. Verwaltungsgericht Bayreuth
Postfach 11 03 21, 95422 Bayreuth
Friedrichstraße 16, 95444 Bayreuth

☐ **Mittelfranken:**
Bayer. Verwaltungsgericht Ansbach
Postfach 616, 91511 Ansbach
Promenade 24 - 28, 91522 Ansbach

☐ **Unterfranken:**
Bayer. Verwaltungsgericht Würzburg
Postfach 11 02 65, 97029 Würzburg
Burkarderstraße 26, 97082 Würzburg

☐ **Schwaben:**
Bayer. Verwaltungsgericht Augsburg
Postfach 11 23 43, 86048 Augsburg
Kornhausgasse 4, 86152 Augsburg

Unmittelbare Klageerhebung ohne Widerspruchsverfahren

Rechtsbehelfsbelehrung:

Gegen diesen Bescheid kann **innerhalb eines Monats nach seiner Bekanntgabe Klage** beim **zuständigen Bayerischen Verwaltungsgericht*** - Anschrift siehe unten - **schriftlich oder zur Niederschrift des Urkundsbeamten der Geschäftsstelle dieses Gerichts** erhoben werden. **Die Klage muss den Kläger, den Beklagten** (Vollstreckungsbehörde) **und den Gegenstand des Klagebegehrens bezeichnen** und soll einen bestimmten Antrag enthalten. Die zur Begründung dienenden Tatsachen und Beweismittel sollen angegeben, der angefochtene Bescheid soll in Urschrift oder in Abschrift beigelegt werden. Der Klage und allen Schriftsätzen sollen Abschriften für die übrigen Beteiligten beigelegt werden.

Hinweise zur Rechtsbehelfsbelehrung:

- Durch das Gesetz zur Änderung des Gesetzes zur Ausführung der Verwaltungsgerichtsordnung vom 22.06.2007 (GVBl. S. 390) wurde im Bereich der Vollstreckungsforderung ein fakultatives Widerspruchsverfahren eingeführt, das eine Wahlmöglichkeit eröffnet zwischen Widerspruchseinlegung und unmittelbarer Klageerhebung.
- Eine Klageerhebung in elektronischer Form ist unzulässig.
- Kraft Bundesrecht ist in Prozessverfahren vor den Verwaltungsgerichten seit 01.07.2004 grundsätzlich ein Gebührevorschuss zu entrichten.

Zuständiges Bayerisches Verwaltungsgericht:

*) Das zuständige Verwaltungsgericht ist angekreuzt.

☐**Oberbayern:**

Bayer. Verwaltungsgericht München
Postfach 20 05 43, 80005 München
Bayerstraße 30, 80335 München

☐**Niederbayern und Oberpfalz:**

Bayer. Verwaltungsgericht Regensburg
Postfach 11 01 65, 93014 Regensburg
Haidplatz 1, 93047 Regensburg

☐**Oberfranken:**

Bayer. Verwaltungsgericht Bayreuth
Postfach 11 03 21, 95422 Bayreuth
Friedrichstraße 16, 95444 Bayreuth

☐**Mittelfranken:**

Bayer. Verwaltungsgericht Ansbach
Postfach 616, 91511 Ansbach
Promenade 24 - 28, 91522 Ansbach

☐**Unterfranken:**

Bayer. Verwaltungsgericht Würzburg
Postfach 11 02 65, 97029 Würzburg
Burkarderstraße 26, 97082 Würzburg

☐**Schwaben:**

Bayer. Verwaltungsgericht Augsburg
Postfach 11 23 43, 86048 Augsburg
Kornhausgasse 4, 86152 Augsburg

Unmittelbare Klageerhebung bei Widerspruchsbescheide über Widersprüche gegen Verwaltungsakte

Rechtsbehelfsbelehrung:

Gegen den Bescheid der

Behörde, die den ursprünglichen Verwaltungsakt erlassen hat

vom

Datum

kann **innerhalb eines Monats nach Zustellung dieses Widerspruchsbescheids** Klage beim **zuständigen Bayerischen Verwaltungsgericht*** - Anschrift siehe unten - **schriftlich oder zur Niederschrift des Urkundsbeamten der Geschäftsstelle dieses Gerichts** erhoben werden. **Die Klage muss den Kläger, den Beklagten** (Vollstreckungsbehörde) **und den Gegenstand des Klagebegehrens bezeichnen** und soll einen bestimmten Antrag enthalten. Die zur Begründung dienenden Tatsachen und Beweismittel sollen angegeben, der angefochtene Bescheid soll in Urschrift oder in Abschrift beigelegt werden. Der Klage und allen Schriftsätzen sollen Abschriften für die übrigen Beteiligten beigelegt werden.

Hinweise zur Rechtsbehelfsbelehrung:

- Eine Klageerhebung in elektronischer Form ist unzulässig.
- Kraft Bundesrecht ist in Prozessverfahren vor den Verwaltungsgerichten seit 01.07.2004 grundsätzlich ein Gebührenvorschuss zu entrichten.

Zuständiges Bayerisches Verwaltungsgericht:

*) Das zuständige Verwaltungsgericht ist angekreuzt.

☐

Oberbayern:

Bayer. Verwaltungsgericht München
Postfach 20 05 43, 80005 München
Bayerstraße 30, 80335 München

☐

Niederbayern und Oberpfalz:

Bayer. Verwaltungsgericht Regensburg
Postfach 11 01 65, 93014 Regensburg
Haidplatz 1, 93047 Regensburg

☐

Oberfranken:

Bayer. Verwaltungsgericht Bayreuth
Postfach 11 03 21, 95422 Bayreuth
Friedrichstraße 16, 95444 Bayreuth

☐

Mittelfranken:

Bayer. Verwaltungsgericht Ansbach
Postfach 616, 91511 Ansbach
Promenade 24 - 28, 91522 Ansbach

☐

Unterfranken:

Bayer. Verwaltungsgericht Würzburg
Postfach 11 02 65, 97029 Würzburg
Burkarderstraße 26, 97082 Würzburg

☐

Schwaben:

Bayer. Verwaltungsgericht Augsburg
Postfach 11 23 43, 86048 Augsburg
Kornhausgasse 4, 86152 Augsburg

**Obligatorisches Widerspruchsverfahren,
wenn bei der Behörde für die Übermittlung elektronischer Daten
ein Zugang eröffnet ist**

Rechtsbehelfsbelehrung:

Gegen diesen Bescheid kann **innerhalb eines Monats nach seiner Bekanntgabe Widerspruch** eingelegt werden.

Der Widerspruch ist **schriftlich oder zur Niederschrift** bei der umseitig genannten Vollstreckungsbehörde einzulegen. Der Widerspruch kann **auch elektronisch mit einer qualifizierten elektronischen Signatur nach dem Signaturgesetz versehen** unter der umseitig genannten Adresse eingelegt werden. Sollte über den Widerspruch ohne zureichenden Grund in angemessener Frist sachlich nicht entschieden werden, so kann Klage bei dem **zuständigen Bayerischen Verwaltungsgericht*** - Anschrift siehe unten - schriftlich oder zur Niederschrift des Urkundsbeamten der Geschäftsstelle dieses Gerichts erhoben werden. Die Klage kann nicht vor Ablauf von drei Monaten seit der Einlegung des Widerspruchs erhoben werden, außer wenn wegen besonderer Umstände des Falles eine kürzere Frist geboten ist. Die Klage muss den Kläger, den Beklagten (Vollstreckungsbehörde) und den Gegenstand des Klagebegehrens bezeichnen und soll einen bestimmten Antrag enthalten. Die zur Begründung dienenden Tatsachen und Beweismittel sollen angegeben, der angefochtene Bescheid soll in Urschrift oder in Abschrift beigelegt werden. Der Klage und allen Schriftsätzen sollen Abschriften für die übrigen Beteiligten beigelegt werden.

Hinweise zur Rechtsbehelfsbelehrung:

- Ein elektronisch eingelegter Widerspruch muss mit einer qualifizierten elektronischen Signatur nach dem Signaturgesetz versehen sein. Eine elektronische Widerspruchseinlegung ohne qualifizierte elektronische Signatur ist unzulässig.
- Eine Klageerhebung in elektronischer Form ist unzulässig.
- Kraft Bundesrecht ist in Prozessverfahren vor den Verwaltungsgerichten seit 01.07.2004 grundsätzlich ein Gebührevorschuss zu entrichten.

Zuständiges Bayerisches Verwaltungsgericht:

*) Das zuständige Verwaltungsgericht ist angekreuzt.

☐

Oberbayern:

Bayer. Verwaltungsgericht München
Postfach 20 05 43, 80005 München
Bayerstraße 30, 80335 München

☐

Niederbayern und Oberpfalz:

Bayer. Verwaltungsgericht Regensburg
Postfach 11 01 65, 93014 Regensburg
Haidplatz 1, 93047 Regensburg

☐

Oberfranken:

Bayer. Verwaltungsgericht Bayreuth
Postfach 11 03 21, 95422 Bayreuth
Friedrichstraße 16, 95444 Bayreuth

☐

Mittelfranken:

Bayer. Verwaltungsgericht Ansbach
Postfach 616, 91511 Ansbach
Promenade 24 - 28, 91522 Ansbach

☐

Unterfranken:

Bayer. Verwaltungsgericht Würzburg
Postfach 11 02 65, 97029 Würzburg
Burkarderstraße 26, 97082 Würzburg

☐

Schwaben:

Bayer. Verwaltungsgericht Augsburg
Postfach 11 23 43, 86048 Augsburg
Kornhausgasse 4, 86152 Augsburg

**Obligatorisches Widerspruchsverfahren,
wenn bei der Behörde für die Übermittlung elektronischer Daten
kein Zugang eröffnet ist**

Rechtsbehelfsbelehrung:

Gegen diesen Bescheid kann **innerhalb eines Monats nach seiner Bekanntgabe Widerspruch** eingelegt werden.

Der Widerspruch ist **schriftlich oder zur Niederschrift** bei der umseitig genannten Vollstreckungsbehörde einzulegen. Sollte über den Widerspruch ohne zureichenden Grund in angemessener Frist sachlich nicht entschieden werden, so kann Klage bei dem **zuständigen Bayerischen Verwaltungsgericht*** - Anschrift siehe unten - schriftlich oder zur Niederschrift des Urkundsbeamten der Geschäftsstelle dieses Gerichts erhoben werden. Die Klage kann nicht vor Ablauf von drei Monaten seit der Einlegung des Widerspruchs erhoben werden, außer wenn wegen besonderer Umstände des Falles eine kürzere Frist geboten ist. Die Klage muss den Kläger, den Beklagten (Vollstreckungsbehörde) und den Gegenstand des Klagebegehrens bezeichnen und soll einen bestimmten Antrag enthalten. Die zur Begründung dienenden Tatsachen und Beweismittel sollen angegeben, der angefochtene Bescheid soll in Urschrift oder in Abschrift beigelegt werden. Der Klage und allen Schriftsätzen sollen Abschriften für die übrigen Beteiligten beigelegt werden.

Hinweise zur Rechtsbehelfsbelehrung:

- Eine elektronische Widerspruchseinlegung ist unzulässig.
- Eine Klageerhebung in elektronischer Form ist unzulässig.
- Kraft Bundesrecht ist in Prozessverfahren vor den Verwaltungsgerichten seit 01.07.2004 grundsätzlich ein Gebührevorschuss zu entrichten.

Zuständiges Bayerisches Verwaltungsgericht:

*) Das zuständige Verwaltungsgericht ist angekreuzt.

☐

Oberbayern:

Bayer. Verwaltungsgericht München
Postfach 20 05 43, 80005 München
Bayerstraße 30, 80335 München

☐

Niederbayern und Oberpfalz:

Bayer. Verwaltungsgericht Regensburg
Postfach 11 01 65, 93014 Regensburg
Haidplatz 1, 93047 Regensburg

☐

Oberfranken:

Bayer. Verwaltungsgericht Bayreuth
Postfach 11 03 21, 95422 Bayreuth
Friedrichstraße 16, 95444 Bayreuth

☐

Mittelfranken:

Bayer. Verwaltungsgericht Ansbach
Postfach 616, 91511 Ansbach
Promenade 24 - 28, 91522 Ansbach

☐

Unterfranken:

Bayer. Verwaltungsgericht Würzburg
Postfach 11 02 65, 97029 Würzburg
Burkarderstraße 26, 97082 Würzburg

☐

Schwaben:

Bayer. Verwaltungsgericht Augsburg
Postfach 11 23 43, 86048 Augsburg
Kornhausgasse 4, 86152 Augsburg